

'Schattenbericht' zur Situation der Rechte der Frauen

Das *lateinamerikanische und karibische Komitee zur Verteidigung der Rechte der Frauen* (CLADEM) hat einen alternativen 'Schattenbericht' über die Situation der Rechte der guatemaltekischen Frauen herausgegeben. Darin werden wichtige Bereiche wie die innerfamiliäre Gewalt, der eingeschränkte Zugang zum Justizwesen, die geringe politische Beteiligung und mangelnde sexuelle Aufklärung der Frauen als klare Verletzungen der Menschenrechte der Frauen angeprangert. Wir veröffentlichen Ausschnitte aus dem Bericht, der in seiner gesamten Länge, inklusive Forderungen an die guatemaltekische Regierung im spanischen Original bei der ¡Fijáte!-Redaktion bestellt werden kann.

Die Situation der Menschenrechte der Frauen war im Verlauf der vergangenen 25 Jahre immer wieder Untersuchungsgegenstand der Vereinten Nationen. Vier internationale Frauenkonferenzen fanden in dieser Zeit statt, mit dem Ziel, Einfluss zu nehmen auf die Politik der einzelnen Staaten bezüglich der wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Rechte der Frauen.

Unabhängig vom historischen Kontext und dem Entwicklungsgrad eines Landes kann gesagt werden, dass Frauen, wenn sie für ihre Rechte eintreten, einen Beitrag zur Demokratisierung einer Gesellschaft leisten. Umgekehrt heisst es aber auch, dass, wenn die Armut zunimmt, die Gewalt gegen Frauen sich ins Unerträgliche steigert, wenn die politische Vertretung der Frauen abnimmt, wenn die Diskriminierung indigener Frauen geduldet wird, sich die Staaten immer weiter von den minimalen internationalen Entwicklungs- und Menschenrechts-Standards entfernen. Im Fall von Guatemala müssen drei Punkte berücksichtigt werden, die die Situation der Menschenrechte der Frauen stark beeinflussen.

a. Der 36 Jahre dauernde bewaffnete Konflikt verstärkte die strukturelle Armut, Diskriminierung und Gewalt. Davon betroffen sind in erster Linie die Frauen, die Kinder und die indigene Bevölkerung.

b. Der Prozess, der zur Unterzeichnung der Friedensabkommen führte, öffnete den Frauen Spielräume zur sozialen und politischen Partizipation. Diese könnten sich vergrössern, wenn die guatemaltekische Regierung den politischen Willen zeigen würde, diejenigen Abkommen und Konventionen ernst zu nehmen, die den Frauen die Einhaltung ihrer Menschenrechte garantieren.

c. Die Rückkehr an die Macht der Verantwortlichen für den Völkermord verunmöglicht den Kampf der Frauen und der sozialen Bewegungen für den Aufbau einer die Menschenwürde achtenden Demokratie.

Diese Realität, die Einschränkung ziviler und politischer Rechte der Frauen, schränkt auch ihren Zugang zu anderen Rechten ein. In der Folge präsentieren wir eine Liste von Menschenrechten, die den Frauen konsequent verwehrt werden und entsprechend die aktuelle Situation der Frauen in Guatemala prägen.

Gewalt gegen Frauen

Über Gewalt gegen Frauen zu sprechen, heisst nicht nur, über innerfamiliäre Gewalt, Vergewaltigung, Missbrauch, sexuelle Belästigung, Inzest, Verschwindenlassen oder Entführungen von Frauen zu sprechen. Es bedeutet auch, über Justizpersonal zu sprechen, das die internationalen Abkommen zum Schutz der Menschenrechte der Frauen nicht kennt und über ein Justizsystem, das zu spät oder gar nicht reagiert und oftmals die Opfer verurteilt und nicht die Täter. Es ist deshalb wichtig zu betonen, das trotz der grossen Anstrengungen seitens der Frauenbewegung, Mechanismen zu schaffen, um der Gewalt vorzubeugen oder sie zu bestrafen, diese von der guatemaltekischen Regierung nicht genutzt werden. Ein Beweis dafür sind die folgenden Daten:

Im Jahr 2000 haben die Überfälle auf Menschenrechts- oder Frauenorganisationen, das Verschwindenlassen und die Vergewaltigung von Frauen, die in diesen Organisationen arbeiten, sowie Todesdrohungen gegen und politische Morde an Frauen zugenommen. Der erste dieser Fälle war das Verschwinden der Universitätsprofessorin Mayra Gutiérrez, aktives Mitglied der guatemaltekischen Frauenbewegung. Dieser Fall wurde bisher nicht aufgeklärt, Mayra bleibt verschwunden und die mit der Aufklärung des Falles betrauten Behörden beurteilen die Tat als 'Liebesdrama'. Dazu summieren sich die Todesdrohungen gegen zwei Richterinnen im Mordfall Gerardi, sowie gegen eine Verfassungsrichterin, gegen Journalistinnen und Menschenrechtsaktivistinnen. Der jüngste Fall ist die Ermordung der US-amerikanischen Nonne Barbara Ford, die seit 23 Jahren ein psychosoziales Programm mit internen Vertriebenen durchführte.

Es gab aber auch eine Welle von Ermordungen von Sexarbeiterinnen und Vergewaltigungen und Ermordungen von Mädchen, jungen sowie alten Frauen. In vielen dieser Fälle starben die Frauen, weil sie sich gegen eine Vergewaltigung wehrten. In diesem Zusammenhang spricht die Justiz davon, dass Sexualdelikte 11% aller Verbrechen ausmachen, mit einem Durch-

schnitt von zwei (angezeigten) Fällen alle drei Tage. Ebenso habe die Kinderprostitution zugenommen. Die Überfälle auf Frauenorganisationen erinnern stark an die Repression der vergangenen Militärregierungen gegen die soziale Bewegung.

Diese Überfälle sind wohl die Reaktion darauf, dass verschiedene Frauen im Aufbau demokratischer Spielräume und der Verteidigung der Menschenrechte eine Schlüsselrolle übernommen haben und darauf, dass die Frauenbewegung eine der aktivsten Bewegungen der letzten Jahre ist und ihre Stimme unüberhörbar erhoben hat.

Unterdessen sind auch Statistiken über Fälle von Gewalt gegen Frauen verfügbar, wobei damit gerechnet wird, dass es eine grosse Dunkelziffer gibt.

Die Abteilung für Verbrechen gegen Frauen der Staatsanwaltschaft nahm allein im letzten Jahr 5029 Anzeigen von innerfamiliärer Gewalt an Frauen und Mädchen entgegen, sowie 949 Vergewaltigungsanzeigen. Bei der Abteilung für Frauenrechte der staatlichen Menschenrechtsstelle gingen im Jahr 1999 5000 Anzeigen ein, wovon 3484 innerfamiliäre Gewalt betrafen. Laut Informationen der Presse sind 60% aller Morde an Frauen das Resultat innerfamiliärer, gewalttätiger Auseinandersetzungen.

Die Berichte der Wahrheitskommissionen, sowohl des REMHI wie auch der CEH erwähnen, dass die Gewalt gegen Frauen während des bewaffneten Konflikt stark zugenommen hat. Trotzdem gibt es nur einen Fall, das Massaker von Plan de Sánchez (Rabinal, 1982), in dem die Regierung vor dem Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof neben ihrer Verantwortung für den Völkermord auch die Verantwortung bei der Vergewaltigungen der Frauen anerkannt hat. Doch bis heute hat die Regierung die strafrechtliche Verfolgung der Täter nicht aufgenommen, geschweige denn, den Frauen oder ihren Familienangehörigen Wiedergutmachung angeboten.

Doch auch zu sog. Friedenszeiten verhält sich das Justizsystem nicht anders. Entweder werden keine Haftbefehle ausgestellt, die Täter werden freigesprochen oder sie kaufen sich für eine Summe von umgerechnet rund 13 US-\$ frei. Vergewaltigungsversuch und sexuelle Belästigung sind in Guatemala keine Straftaten.

Eine in 15 Gemeinden durchgeführte Studie belegt, dass 68% der angezeigten Fälle, die innerfamiliäre

Gewalt betreffen, 16% schwere Verletzungen und 9% Vergewaltigungen sind. Von 256 Frauen, die interviewt wurden, hatten 72% als Klägerinnen mit dem Gericht zu tun und 28% als Angeklagte, meist wegen leichten Vergehen. In den guatemaltekischen Gefängnissen sitzen sieben mal mehr Männer als Frauen. Von diesen Frauen sind 14% seit über zwei Jahren wegen leichten Vergehen in Haft, ohne dass der Prozess gegen sie eingeleitet wurde.

Guatemala war eines der ersten Länder, das die *Konvention gegen jede Form von Gewalt gegen Frauen* unterzeichnete (Belem do Pará, 1995). Auf dieser Grundlage gelang es der Frauenbewegung, das Gesetz gegen innerfamiliäre Gewalt und die Gründung der Koordination zur Prävention innerfamiliärer Gewalt (CONAPREVI) durchzusetzen. Das Problem ist, dass es für das Gesetz keine juristische Grundlagen gibt und keinen Budgetposten für die CONAPREVI.

Diskriminierung indigener Frauen

Fundamentaler Bestandteil jeder geschlechterspezifischen Untersuchung bildet die ethnisch-kulturelle Unterdrückung der Frauen. Laut Daten aus dem Jahr 1997 leben in Guatemala 11'241'540 EinwohnerInnen. Davon sind 49,52% Frauen und davon wiederum 51% Indígenafrauen. In der guatemaltekischen Realität sind die Indígenafrauen - als soziale Gruppe - die am meisten Diskriminierten, Marginalisierten und der Armut Ausgesetzten.

In einigen Regionen des Landes sind bis zu 87,5% der Indígenafrauen Analphabetinnen. Nur 43% der Indígenafrauen schliessen die Grundschule ab, 5,8% die Mittelstufe und bloss 1% erreicht eine höhere Schulbildung. Die meisten Indígenafrauen sind einsprachig, d.h. sie sprechen eine Mayasprache und die Regierung hat bisher keine Sprachkurse angeboten, die ihren kulturellen Gewohnheiten und ihrer Lebenssituation entsprechen. Eine Indígenabäuerin hat durchschnittlich 6,9 Kinder, was die höchste Geburtenrate in ganz Lateinamerika ist. Andere Bereiche wie Arbeit, Gesundheit, Landbesitz oder politische Partizipation zeigen ebenfalls den hohen Grad von Diskriminierung und Ausschluss der indigenen Frauen. Es gibt dazu leider sehr wenige Daten:

- 55% aller Hausangestellten sind in die Städte abgewanderte Indígenas.

- Eine Krankenschwester aus Rabinal machte im Februar dieses Jahres eine Anzeige gegen den Leiter des

Gesundheitszentrums, in dem sie arbeitet, da er sie dazu aufgefordert hat, die weissen Krankenschwesterkleider anzuziehen. Ihre traditionelle Tracht sei ein Gesundheitsrisiko für die PatientInnen.

Seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen bezeichnet sich Guatemala als ein mehrsprachiges, multiethnisches und kulturell vielfältiges Land. Diese Definition bedingt für das Land und den Staat Verfassungsänderungen, eine Änderung des Regierungsprogramms und ein kulturelles Umdenken. Zwar wurde eine Anlaufstelle für indigene Frauen geschaffen, doch kann diese nicht die ganze Diskriminierung von Indígenafrauen in einem Land wie Guatemala auffangen. Dafür bräuchte es die entsprechende Infrastruktur und den politischen Willen der Regierenden.

In verschiedenen Teilabkommen der Friedensverträge verpflichtet sich die Regierung, die ethnische Diskriminierung und sexuelle Belästigung von Frauen als Delikt anzuerkennen und verspricht, jegliche Form der Diskriminierung von Frauen zu eliminieren. Ausserdem hat Guatemala diverse Internationale Konventionen gegen die Diskriminierung der Frauen und gegen Rassismus unterzeichnet.

1998 präsentierten die Kongressabgeordneten Rosalina Tuyuc, Manuela Alvarado und Aura Marina Otzoy den Entwurf für ein *Gesetz gegen jegliche Form von Diskriminierung*. Sie fordern darin, dass Straftaten, die gegen Indígenas begangen werden,

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion und Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

schärfer bestraft werden. Das Projekt verstaubte in den Schubladen der verschiedenen Ausschüssen, die dazu hätten Stellung nehmen müssen.

Politische Beteiligung

Die Stärkung einer Zivilgesellschaft unter Berücksichtigung der traditionell ausgeschlossenen Bevölkerungssektoren sowie eine Staatspolitik, die die politische Teilnahme der Zivilgesellschaft zulässt, stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den Bürgerinnenrechten der Frauen.

Die politische Beteiligung der Frauen geht einher mit ihrer Vertretung in öffentlichen Ämtern, mit Politiken, Programmen und einem Budget, dass die Regierung prioritär und auf die Bedürfnisse der Frauen abgestimmt, genehmigt.

Die Aktionsplattform von Beijing 1995 sieht die politische Beteiligung der Frauen als einen Mechanismus, mit dem sie ihre Situation selber bestimmen können und als eine Messlatte des politischen Willens der Regierungen, für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden einzustehen.

Das Guatemala der Nachkriegszeit will auf eine partizipative Zivilgesellschaft und auf die Einhaltung der Menschenrechte bauen. Dazu müssen aber auch die sogenannten privaten Räume wie Familie, Parteien, Medien, Gewerkschaften, etc. demokratisiert werden, denn auch in diesen Bereichen ist die Partizipation der Frauen erschwert.

Seit der Volksbefragung (*Consulta Popular*) 1995 können WählerInnen nach Geschlecht erfasst werden. So

weiss man z.B., dass an den Präsidentschaftswahlen von 1999 nur 33% der Frauen teilgenommen haben.

Von den 3'328 Personen, die 1999 für die Gemeindereregierungen gewählt wurden, sind 148 Frauen. Von den zwanzig Ministerien wird nur eines von einer Frau geführt und von den 113 Kongressabgeordneten sind acht Frauen. Schauen wir noch die Anzahl Indígenafrauen an, die in einer Entscheidungsposition sitzen, haben wir eine Ministerin, eine Gouverneurin, zwei Kongressabgeordnete, eine Botschafterin und eine stellvertretende präsidentiale Sekretärin.

Seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen hat die Anzahl der Frauenorganisationen, die aus einer Geschlechterperspektive für ihre sozialen und politischen Rechte kämpfen, zugenommen. Auch Indígenafrauen unterschiedlicher politischer Ausrichtung kämpfen auf lokaler und nationaler Ebene für ihre Rechte. Noch nie waren die guatemalteken Frauen so präsent im politischen und sozialen Leben. Und trotzdem - ihre politische Einflussnahme entspricht in keiner Weise ihren unternommenen Anstrengungen.

Sexuelle Rechte

Die mangelnde Kenntnis und der erschwerte Zugang zu den sexuellen und reproduktiven Rechten der Frauen, sind eng verbunden mit Gewalt und Diskriminierung.

Eine Umfrage aus dem Jahr 1995 ermittelte, dass 13,3% der befragten Frauen ihren ersten sexuellen Kontakt hatten, bevor sie 15 Jahre alt waren,

62% hatten ihn unter 20 Jahren. 25% der unter 19-Jährigen Frauen sind schwanger oder bereits Mütter. Die Müttersterblichkeit (190 gestorbene Mütter auf 100'000 lebend geborene Kinder) ist in Guatemala die zweithäufigste Todesursache von Frauen zwischen 15 und 49 Jahren.

Daten aus dem Jahr 1999 belegen, dass 54% der nicht-indigenen Frauen über Familienplanung informiert waren. Bei den Indígenafrauen waren es bloss 14,7%. Es ist auch ein klarer Zusammenhang auszumachen zwischen der Analphabetinnenrate auf dem Land und der Anzahl der Kinder dieser Frauen.

Ebenfalls eine Frage der Aufklärung, ist die Aids-Prävention: Von den 10'512 bekannten Personen, die mit dem HIV-Virus infiziert sind, trifft es eine Frau auf drei Männer.

Das nationale Programm für reproduktive Gesundheit des Gesundheitsministeriums sieht die Frauen nicht als vollwertige Personen mit sexuellen Rechten, sondern einzig als Gebärmaschinen und Mütter. Von Frauenorganisationen wird dieses Programm als zu stark von der Kirche beeinflusst kritisiert. So anerkennt es nicht einmal die Abtreibung als eine Notsituation, was allen Statistiken über Müttersterblichkeit widerspricht.

Die Situation der sexuellen und reproduktiven Rechte der guatemalteken Frauen verlangt den Druck der internationalen Gemeinschaft auf die öffentliche Gesundheitspolitik, um der daraus resultierenden Gewalt, Diskriminierung und dem Ausschluss der Frauen zu begegnen.

Diskriminierung der Frauen in Zahlen

Guatemala, 23. Sept. Die guatemalteken Frauen haben weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt als die Männer, und für die selbe Arbeit erhalten sie einen drei- bis viermal niedrigeren Lohn. Am stärksten spürbar ist diese Diskrepanz bei den technischen Berufen, in denen Frauen einen durchschnittlichen Monatslohn von 900 Quetzales (112 US-\$) erhalten, während die Männer 4100 Quetzales (412 US-\$) verdienen.

Diese und die folgenden Zahlen stammen aus dem Bericht "Die Situation der guatemalteken Frauen", herausgegeben von Lili Caravantes, Leiterin des Präsidialsekretariats für die Frau.

In administrativen Berufen beziehen die Frauen einen Durchschnittslohn von umgerechnet 150 US-\$, gegenüber von rund 562 US-\$, welche Männer verdienen. Ein weiteres Zeichen der Diskri-

minierung der Frauen im Arbeitsbereich ist laut Caravantes die Tatsache, dass bloss 36 % der als "erwerbsmässig aktiven Bevölkerung" zählenden Personen, Frauen sind. Unter "erwerbsmässig aktiv" ist die Arbeit im informellen und reproduktiven Sektor, die vor allem von Frauen ausgeübt wird, nicht eingerechnet.

In der Liste der spezifischen Frauenberufe figurieren 18 Berufe, während es für Männer 120 verschiedene Berufe gibt.

Die Studie untersuchte auch, dass 75% aller Kredite an Männer vergeben werden. Nur 26% aller sozialversicherten Personen sind Frauen. Die Analphabetinnenrate auf dem Land beträgt 51%, in der Stadt 18%, während die Analphabetenrate auf dem Land 34% und in den Städten 12% beträgt.

Um der Diskriminierung der guatemalteken Frauen etwas entgegenzusetzen, legte das Präsidialsekretariat für die Frau das Projekt "Nationale Politik zur Förderung und Gleichberechtigung der Frauen 2001 - 2006" vor. Dieser Plan ist in neun Schwerpunkte unterteilt, dazu gehören ökonomische Entwicklung, Erziehung, Gesundheit, politische Teilnahme der Frauen, etc. Das Projekt soll im ganzen Land angewendet und von der internationalen Gemeinschaft finanziert werden.

Am 27. Sept. wurde vom Kongress das *Gesetz für soziale Entwicklung* angenommen. Das Gesetz schafft die legale Grundlage, um rechtliche und politische Massnahmen in den Bereichen Verhütung, Aufklärung und Familienplanung durchzusetzen. Damit beauftragt ist das Gesundheitsministerium.

Folgen der US-amerikanischen Terrorismusbekämpfung

Guatemala, 27. Sept. Die Mehrheit der amerikanischen Staaten stellten sich am 21. September hinter den Kampf der USA gegen den Terrorismus und die Suche nach den Attentätern von New York und Washington.

Die Aussenminister des ganzen Kontinents, mit Ausnahme Kubas, versammelt im Sitz der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS), verurteilten die Anschläge und schlossen sich der Offensive Washingtons gegen den Terrorismus an. Ihr konkretes Angebot: Verstärkte polizeiliche Zusammenarbeit. "Diese abscheulichen Kriminaltaten gefährden unsere kollektive Sicherheit", sagte der Generalsekretär der OEA, César Gaviria. Und weiter: "Unsere Regierungen werden alles daran setzen, um die Auftraggeber, Hintermänner und Ausführenden dieser Tat vor Gericht zu bringen und zu bestrafen. Es darf keine Straffreiheit geben."

Gleichzeitig bekräftigten die 23 Unterzeichnerländer des *Interamerikanischen Abkommens zur gegenseitigen Unterstützung* (TIAR), die amerikanische Version der NATO, ihre Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus.

Eine gewisse Zurückhaltung üben einzig Kuba und Venezuela aus. Fidel Castro erklärte am 22. September, Kuba sei bereit, zusammen mit dem Rest der Welt gegen den Terrorismus zu kämpfen, wies jedoch die Kriegstöne Bush's zurück. Der venezolanische Präsident, Hugo Chávez, warnte am selben Tag die USA davor, irgendetwas zu unternehmen, das gegen das internationale Recht verstosse und zu einem dritten Weltkrieg führen könne.

Am 19. September trafen sich be-

reits die Präsidenten der zentralamerikanischen Länder in Honduras, und drückten der USA ihre Solidarität und Unterstützung aus. Die gemeinsame Erklärung mit dem Titel "Vereintes Zentralamerika gegen den Terrorismus" enthält zehn Punkte, in denen die Präsidenten ihre Bereitschaft erklären, die Mechanismen zur Beschleunigung und Verbesserung des Informationsaustauschs über mögliche terroristische Taten, untereinander und mit den Vereinigten Staaten, zu verbessern. Als erster Schritt wurde vereinbart, dass die Polizei jedes Landes die Daten der letzten 15 bis 20 Jahre zusammenstellt über Personen, die etwas mit internationalem Terrorismus zu tun hatten. Damit soll festgestellt werden, ob solche Verbindungen heute noch bestehen. Um an diese Informationen zu kommen, soll die Zusammenarbeit nicht nur der Polizeien, sondern auch der Geheimdienste und der Migrationsbehörden der zentralamerikanischen Länder verstärkt werden.

Für die Bevölkerung der zentralamerikanischen Länder haben diese Massnahmen eine verstärkte soziale Kontrolle bis hin zur Militarisierung zur Folge. In Guatemala wurden bereits über hundert Polizeibeamte für "antiterroristische Operationen" abberufen. Laut dem Sprecher der zivilen Nationalpolizei (PNC) läuft die Aktion unter dem Namen "Motorisierte Kraft". Entsprechend wurden die Mitglieder der Truppe mit Motorrädern ausgerüstet, damit sie sich schneller bewegen und ihre Aufgabe, verdächtige Personen festzunehmen, effektiver erledigen können.

Arnoldo Villagrán vom Institut für politische, ökonomische und soziale

Studien (IPES) befürchtet, dass der Vorwand der Terrorismusbekämpfung von der Regierung politisch missbraucht wird, um rigorosere gegen politisch unliebsame Personen vorgehen zu können. Da das im Rahmen der Friedensverhandlungen unterzeichnete *Abkommen über die Rolle des Militärs in einer demokratischen Gesellschaft* noch nicht vollständig umgesetzt und die Militärdoktrin nicht angepasst worden sei, besteht laut Villagrán die Gefahr, dass das Militär erneut zur Bekämpfung des "inneren Feindes" eingesetzt wird. Und als "innerer Feind" hätten in früheren Zeiten Mitglieder der revolutionären und sozialen Bewegungen gegolten.

Villagráns Bedenken werden genährt durch die Tatsache, dass das Militärbudget im Jahr 2001 um 3'750'000 US-\$ erhöht wurde und auch für nächstes Jahr eine Budgeterhöhung geplant ist. Damit verfüge die Armee über genügend Mittel, um solche Antiterrorismuspläne umzusetzen. Zum Schluss warnte Villagrán die guatemaltekische Regierung davor, durch das Teilnehmen an den zentralamerikanischen Plänen in einen fremden Krieg verwickelt zu werden.

Die strukturellen und wirtschaftlichen Probleme, mit denen die zentralamerikanischen Länder konfrontiert sind, werden durch den US-amerikanischen Kampf gegen den Terrorismus noch verstärkt. So halten z. B. die verschärften Grenzkontrollen die MigrantInnen Lateinamerikas nicht davon ab, ihren "amerikanischen Traum" zu träumen. An der Grenze zwischen Guatemala und Mexiko stehen Tausende von MigrantInnen, die "das Risiko von Krieg und Attentaten dem Verhungern vorziehen".

Regierung droht der Presse

Guatemala, 27. Sept. Etwa seit einem Jahr werden in der guatemaltekischen Presse immer wieder Skandale aufgedeckt, in die Regierungsangehörige verwickelt sind: Die Korruptionsgeschichte des ehemaligen Verkehrsministers Luís Rabbé, die jährlich 27'500 US-\$, die der Geheimdienst (EMP) für das Schulgeld der Tochter Präsident Portillos in England bezahlt und jüngst den Kauf eines Helikopters als Geschenk für den nicaraguanischen Präsidenten Arnoldo Almán, getätigt vom Privatsekretär Portillos, Julio Girón.

Mit dem Ziel, die Publikation solcher Nachrichten zu verhindern, deren einziger Effekt die Verwirrung der Bevölkerung sei, drohte der Regierungssprecher Jorge Pérez, mit rechtlichen Mitteln

gegen die Zeitungen bzw. die JournalistInnen vorzugehen. Ein Tag nach dieser Drohung, die auch als Einschränkung der Pressefreiheit zu verstehen ist, wurde ein Kolumnist der Tageszeitung *El Periódico* von unbekanntem Männern verfolgt. In *El Periódico* erschien einige Tage zuvor auch ein Artikel, der die Verantwortung des Mordes am Radiojournalisten Mynor Alegría in Puerto Barrios, Angehörigen der FRG-Regierung zuschob.

Pérez' Drohung löste in den JournalistInnenverbänden Proteste aus. Die guatemaltekische JournalistInnenvereinigung (APG) verurteilte das Vorgehen der Regierung und wies darauf hin, dass die Intoleranz seitens der Regierungsfunktionäre gegenüber der Presse die

Demokratie, die Pressefreiheit und das Recht der Bevölkerung auf Information gefährde.

Die Organisation *JournalistInnen gegen die Korruption* (PFC), mit Sitz in El Salvador, forderte Präsident Portillo auf, solch drohende Äusserungen seiner Angestellten gegenüber der Presse zu unterbinden. Im Brief, den die Organisation an Portillo schrieb, heisst es wörtlich: "Die Tatsache, dass in einem Land täglich Fälle von Korruption passieren, liegt nicht in der Verantwortung der Medien. Die Berichterstattung darüber ist eine Reaktion auf die sich verbreitende Korruption und auf den institutionellen Widerstand, die wirklich Verantwortlichen zu verfolgen und zu bestrafen."

Alkohol- und rauchfreier Oktober?

Guatemala, 28. Sept. Die eingereichten Rekurse gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer werden nach wie vor beim Verfassungsgericht behandelt und schon zeichnet sich ein neues Steuerdebakel ab: Noch während die Gerichtsverfahren gegen 24 Kongressabgeordnete wegen der Fälschung des Alkoholgesetzes ausstehend sind, verabschiedete der Kongress am 28. Juli ein Gesetz zur Besteuerung von Alkohol und Tabak, das am 1. Oktober in Kraft treten soll. Das Gesetz verlangt, dass der Liter Bier mit 1.50 Quetzales, der Liter Wein und Mineralwasser sowie die Schachtel Zigaretten mit je 1 Quetzal besteuert wird.

Das Thema wurde Anfang August von den Protesten gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer verdrängt und wurde von den Medien erst jetzt, kurz vor der Einführung der Steuer, wieder aufgenommen.

Am 24. September nämlich meldete die *Tabacalera Centroamericana* die Einstellung der Produktion für Guatemala. Die guatemaltekische Regierung hätte die Steuermarken, die ab 1. Oktober auf jedes Zigarettenpaket geklebt werden muss, noch nicht ausgeliefert und eigentlich müsste die Zigarettenlieferung für den Monat Oktober bereits bereitstehen. Da man aber nicht gegen das Gesetz verstossen wolle, indem man Zigaretten ohne Steuermarken verkaufe, warte man jetzt erst einmal ab, hiess es seitens der Tabakindustrie.

Die neue Steuermarke ist noch nicht aufgeklebt und trotzdem klagt die Getränkeindustrie über Gewinn einbussen. Dies ist laut Gewerkschaften gar nicht möglich, würden doch die Steuern auf die KonsumentInnen abgewälzt.

VertreterInnen der Gewerkschaft für Angestellte der Lebensmittelbranche (FESTRAS) informierten, dass in den Getränkefabriken die Entlassung von bis zu 6000 Personen bevorsteht. Bereits Ende August informierte die Abfüllfabrik von Coca Cola über die Entlassung von 607 (gewerkschaftlich organisierten) ArbeiterInnen, die restlichen 2300 Angestellten müssten mit einer Gehaltsreduktion um 17,5% rechnen. Nun hat auch die Firma Mapiosa/Pepsi-Cola ihre Angestellten über das Ergreifen "drastischer Massnahmen" ab dem 1. Oktober informiert: 75 Entlassungen.

Die Befürchtung der Gewerkschaften, dass die Unternehmer die Einführung der Steuermarke als Anlass nehmen, die Tarifverträge nicht mehr einzuhalten, erweist sich als richtig. GewerkschafterInnen der Bierbrauerei *Cerveceria Centroamericana* informierten über eine Kampagne, mit der das Unternehmen die Angestellten zum Gewerkschafts Austritt motivieren will, damit sie sich später nicht für ihre Arbeitsrechte wehren.

In der Tabak- und Getränkeindustrie ist man sich einig darüber, dass das Debakel um die Steuermarken das bereits angegratzte Vertrauen der Bevölkerung in das guatemaltekische Steuersystem noch mehr schwächt und den Schwarzhandel fördert.

Auch die Regierung scheint überhaupt nicht auf die Einführung der Steuermarken vorbereitet zu sein. Es gibt noch keine Informationen darüber, wo sie zu beziehen sind und wie sie an die Waren angebracht werden sollen. Um noch etwas Zeit zu schinden, beantragte Eduardo Weymann die Verschiebung der Inkraftsetzung des Gesetzes um einen Monat.

Doch damit nicht genug: Am 26.

September wurde bekannt, dass die Regierung einer mexikanischen Firma einen Auftrag über 375'000 US-\$ gegeben hat, für den Druck der Steuermarken. Dies widerspricht aber dem guatemaltekischen Gesetz, das vorschreibt, dass jeder Regierungsauftrag, der den Betrag von umgerechnet 112'500 US-\$ übersteigt, öffentlich ausgeschrieben werden muss. In Auftrag gegeben wurde die Herstellung von 60 Millionen Steuermarken. Gemäss dem Finanz-Vizeminister Pluvio Mejicanos reicht das für einen Monat, gemäss der guatemaltekischen Getränkeindustrie für zwei Wochen...

Der Skandal um die illegale Auftragsvergabe zur Herstellung der Steuermarken kostete Mejicanos seinen Posten. Minister Weymann selber will von nichts gewusst haben - die Opposition fordert auch seinen sofortigen Rücktritt. Als Nachfolger Mejicanos wurde Luis Fernando Pérez bestimmt, der sich in seinem ersten Auftritt vor der Presse als absolut inkompetent erwies. Weder wollte er sagen, womit er sein Geld verdient, noch konnte er zwischen den Begriffen Bruttoinlandprodukt und Steuerdefizit unterscheiden...

Der Auftrag an die mexikanische Firma für die Herstellung der Steuermarken, wurde sofort annulliert, doch da diese mit der Arbeit bereits begonnen hatte, muss ihr eine Abfindungssumme von rund 375'000 US-\$ bezahlt werden.

Gleichzeitig lehnte der Kongress die Verschiebung der Inkraftsetzung des Steuergesetzes ab. Die Steuer soll vorläufig aufgrund vereidigter Angaben der Getränke- und Tabakproduzenten erhoben werden, während eine Lösung gesucht werde, beschloss der Kongress.

LehrerInnen von PRONADE: Seit drei Monaten ohne Gehalt

Guatemala, 29. Sept. Rund 500 LehrerInnen und Eltern von SchülerInnen, die dem Nationalen Programm für selbstverwaltete Erziehung (PRONADE) angeschlossen sind, demonstrierten in Mazatenango und Cobán und forderten von der Regierung die Auszahlung der Gehälter der LehrerInnen.

PRONADE wurde 1993 gegründet, mit der Idee, den Eltern die Aufsicht über die Erziehung ihrer Kinder zu übertragen, um so in entlegenen Gemeinden, die sich der Kontrolle des Erziehungsministeriums entziehen, eine gute Schulbildung zu garantieren. Die in den Erzie-

hungskomitees (COEDUCAS) zusammengeschlossenen Eltern sind für die Anstellung der LehrerInnen zuständig und verfügen über einen Fonds, gespeist aus Mitteln des Staates und der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, um die Gehälter der LehrerInnen auszubezahlen.

300'000 Kinder in 3428 Gemeinden werden von PRONADE-LehrerInnen unterrichtet, 20'000 Mütter und Väter sind in den 3485 Elternkomitees aktiv.

Bereits bei der Budgetdiskussion für dieses Jahr wollte das Erziehungsministerium die Beiträge an PRONADE,

bzw. an die Elternkomitees, kürzen. Dies hatte zur Folge, dass auch internationale Organisationen ihre Beiträge strichen. Die Konsequenz einer Aufhebung der Elternkomitees wäre, dass die Aufsicht und Verantwortung über die LehrerInnen von den regionalen Erziehungsministerien übernommen würden, die für ihre Ineffizienz bekannt sind.

Nach heftigen Protesten der LehrerInnen und Eltern wurde PRONADE für dieses Jahr noch Gelder des Erziehungsministeriums zugesprochen. Bisher wurden diese jedoch nicht ausbezahlt.

Neuer Versuch, Edgar Gutiérrez loszuwerden

Guatemala, 26. Sept. Im Rahmen der Budgetdiskussion und eines möglichen Zusammenschlusses verschiedener sozialer Fonds und Institutionen des Staates haben die FRG-Hardliner wieder einmal das *Sekretariat für strategische Analysen* (SAE), bzw. dessen Leiter, Edgar Gutiérrez, ins Visier gefasst.

Der FRG-Kongressabgeordnete Edgar Herman, unterstützt von Kongresspräsident Ríos Montt, legte dem Kongress eine Initiative zur Auflösung des SAE vor. Hinter diesem Vorschlag können zwei Absichten stecken:

Mit der Abschaffung der SAE könnten Präsident Portillo und seine nicht der FRG angehörenden Regierungsmitglieder, die sog. "Portillistas" politisch noch mehr isoliert werden als sie schon sind.

Zum andern würden die vom SAE ausgeübten Funktionen im Rahmen eines zivilen Geheimdienstes, dem Innenministerium übertragen, in dem einige der

Regierungspartei nahestehende Militärsitzen.

Ein weiterer Grund, weshalb die FRG das *Sekretariat für strategische Analyse* auflösen will, bringt der Kongressabgeordnete Aristides Crespo vor: Die im Landesinnern eröffneten 'Filialen' der SAE seien der erste Schritt und die beste Grundlage für die Gründung einer Partei. Ausserdem würde das SAE nicht die Aufgaben erfüllen, für die es gegründet worden sei und das für sein Funktionieren notwendige Budget könne besser angelegt werden, zum Beispiel in den vom Hunger betroffenen Gemeinden, meinte Crespo.

Präsident Portillo steht hinter Gutiérrez und seinem Sekretariat. Gutiérrez sei einer seiner besten Mitarbeiter und er werde die Auflösung des SAE mit allen Mitteln verhindern, versprach er.

Gutiérrez selber sieht im Vorstoss der FRG eine Gefährdung der Institutionalisierung des zivilen Geheimdienstes.

Diese Befürchtung teilt auch die Gruppe gegenseitiger Hilfe (GAM): Die Diskrepanz zwischen der FRG und Gutiérrez rechtfertige die Auflösung des SAE nicht. Auch wenn das Sekretariat heute nicht wunschgemäss funktioniere, sei es in seiner heutigen Form doch das Ergebnis der Friedensabkommen, hiess es in einer Presseerklärung der GAM.

Das SAE wurde unter der Regierung von Ramiro de León Carpio gegründet, als Gegenpol zum militärischen Geheimdienst (EMP), diesem jedoch unterstellt. Arzú 'erbte' das dem EMP unterstellte Sekretariat. In Verlaufe seiner Amtsperiode wurden die Friedensabkommen unterzeichnet und das SAE wurde zu einer vom EMP unabhängigen, zivilen Institution, der jegliche verdeckten Aktionen verboten sind. Dass dies jetzt wieder anders werden soll, wird von vielen PolitikerInnen und MenschenrechtsaktivistInnen als ein Rückschritt im Friedensprozess empfunden.

Wem gehören die heiligen Maya-Orte?

Guatemala, 20. Sept. Mit einem Regierungserlass wurde die Wiederaufnahme der Arbeit der *Kommission der Definition der heiligen Maya-Orte* beschlossen. Die Aufgabe dieser Kommission ist "die Anerkennung, Definition, und Vermessung der heiligen Orte, die Erarbeitung eines Planes für deren Restauration und Administration, die Definition der Rolle des Staates bezüglich dieser Orte und die Anerkennung und Respektierung der spirituellen FührerInnen der indigenen Bevölkerung und deren Organisationen". Diese Aufgaben entsprechen dem Abkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über indigene Völker und den guatemalteken Friedensabkommen.

Im Namen der spirituellen Mayaführer von Sololá und der *Koordinati-on der guatemalteken Mayaorganisationen* (COPMAGUA) begrüsst Tránsito Domingo Yaxón Yac die Wiederaufnahme dieser Arbeit. Er bezeichnet es als einen Sieg der Indígenaorganisationen, die sich stark für diese Kommission eingesetzt haben.

Etwas mehr Skepsis ist aus einem Artikel von Jesús Gómez herauszulesen, der in der Zeitung *Siglo XXI* erschienen ist und der im Folgenden ausschnittsweise zitiert wird.

"Die erste Epoche der *Spezialkommission für heilige Maya-Orte* war zwischen 1997 und 1998, während der Regierung Arzú, als eine Folge der Friedensabkommen. In der Kommission, die

mehr schlecht als recht funktionierte, waren einige Indigenas (jedoch nie VertreterInnen des Rates der Weisen und spirituellen FührerInnen *Ajq'ijab'*) und Abgeordnete der Regierung. Das einzige Interesse der Regierung war, mehr Informationen über die heiligen Orte der Mayas zu erlangen. Forderungen von *Ajq'ijab'* wie die Zurückgabe dieser Orte an die Mayas entlockten der damaligen Regierung nur ein müdes Lächeln - und der heutigen einen Lachanfall.

Die heiligen Orte der Mayas, abschätzig auch "archäologische Fundorte", "Ruinen" oder "Touristenattraktionen" genannt, sind für die Weisen und spirituellen FührerInnen der Mayas traditionelle Orte, wo sie ihren Glauben und ihre Religion praktiziert haben. Zu diesen Orten gehören antike Städte wie Tikal, Iximché, Q'u'ma'ka'aj, Saqulew. Solche Orte können aber auch Quellen, Hügel oder Altare sein, die eine spezielle Energie ausstrahlen.

Für die Regierung sind diese Orte nichts als eine Einnahmequelle von Devisen durch den Tourismus und die Folklorisierung der Maya-Kultur. Deshalb auch das Interesse, mehr über diese Orte zu wissen und die (administrative) Kontrolle darüber zu haben.

In der guatemalteken Verfassung heisst es, dass das Recht auf die Ausübung aller Religionen garantiert sei. Und so wie sich die Regierung nicht in die Kirchen, Kapellen oder Gebetshäuser der ChristInnen oder der Zeu-

gnInnen Jehovas einmischt, soll sie sich auch nicht in die Gebetshäuser der Mayas einmischen. Die Regierung muss diese heiligen Orte ihren BesitzerInnen zurückgeben. So wie Prinzipien nicht verhandelbar sind, sind es auch heilige Orte nicht."

Keine Amnestie

Guatemala, 26. Sept. Der Prozess gegen fünf Ex-Guerilleros, die der Ermordung von 22 *Campesinos* der Gemeinde El Aguacate, Chimaltenango, angeklagt sind, fällt nicht unter das Veröhnungs- und Amnestiegesetz. Dies hat das zuständige Gericht entschieden.

Der Prozess wurde im vergangenen Mai wieder aufgenommen, nachdem die Polizei Aurelio Tun Luch, einer der Angeklagten, verhaftet hatte. Unter den Verdächtigen befindet sich auch Pedro Palma Lau, heutiger Direktor von CONTIERA. Die ORPA, der die Angeklagten angehörten, hat vor der Wahrheitskommission CEH ihre Verantwortung für das Massaker anerkannt.

Das Massaker von El Aguacate im November 1988, ist (nach *Dos Erres*) der zweite Fall eines Kriegsverbrechens, das nicht vom Amnestiegesetz geschützt wird. Unter das Wiederveröhnungs- und Amnestiegesetz fallen alle politischen motivierten Verbrechen (ausser Genozid) die während des bewaffneten Konfliktes begangen wurden.